

Der Sächsischer Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptpostamts zu Bischofswerda, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Leitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten.

Beilagen: Bilderwoche, Jugend u. Deutschland, Mode vom Tage, Frau und Heim, Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Maq & Co. in Bischofswerda. Preis pro Jahr 4.44 Mark.

Verkaufswert: Jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Drei bis sechs halbmännliche Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Sonntagsnummer 15 Pfg.) — Alle Bestellungen, sowie unsere Zeitungsausträger u. die Geschäftsstelle nehmen Bestellungen entgegen.

Postfachkonto: Amt Bischofswerda Nr. 1521. Gemeindefachkonto: Amt Bischofswerda Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorrückung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Abonnementpreis (in Reichsmark): Die 6 mm breite, einseitige, druckfertige, 25 Pfg. breite, 20 Pfg. hohe, 20 mm breite Reklametabelle (im Text) 70 Pfg. Für das Abonnement von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Rabatt nach Tarif. — Die Geschäftsstellen sind tarifmäßig festgesetzt. — Bestimmungsort Bischofswerda.

Nr. 42

Sonnabend, den 19. Februar 1927.

82. Jahrgang

Tageschau.

* Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags beruht am Donnerstag die Beratung der Denkschrift der Reichsregierung zum Arbeitsbeschaffungsprogramm. In diesem Programm ist für das laufende Jahr der Bau von 250 000 Kleinwohnungen vorgesehen.

* Dem Sächsischen Landtag ist am Donnerstag die angekündigte Vorlage über die Aufnahme einer Staatsanleihe in Höhe von 100 Millionen Mark zugegangen.

* Die Landesynode wählt am Donnerstag den Oberbürgermeister von Burgen, D. Dr. Sechen, zum Präsidenten des Evangelisch-lutherischen Landeskonfessionsrats.

* Die Kandidatur Dr. Küß für das sächsische Innenministerium gilt als erledigt, nachdem am Donnerstag auch der Landesparlament die Aufwertungspartei sich gegen Dr. Küß ausgesprochen hat.

* Nach Meldungen aus Shanghai steht die Befehlsführung durch die Kantonesen unmittelbar bevor. Damit haben die nordchinesischen Truppen eine schwere Schlappe erlitten.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Die Ostasiatische Entscheidung rückt näher.

Zeitweilig hatte es den Anschein gehabt, als ob der Kampf um die Macht, den Nordchinesen Generale mit der Kanton-Regierung aufgenommen haben, ohne die Entscheidung der Waffen im Wege einer innerchinesischen Verständigung sein Ende finden würde. Man hatte vor allem den Eindruck, daß der ständig zögernde Marschall Wu Pei Fu durch seine Weigerung, dem Gewalttäter der Mandchurien, Tschangschin, Truppen zu dem Feldzug nach dem Süden zur Verfügung zu stellen, eine Austragung des offenen Konfliktes zwischen Tschangschin und den Kantonesen zu verhindern bemüht gewesen ist. Tschangschin hat nun darauf ziemlich unerwarteterweise mit seinen in die Provinz Honan einrückenden Streitkräften versucht, mit Waffengewalt den Anstich Wu Pei Fus an die Nordarmee zu erzwingen. In diesem Kampfe hat aber Tschangschin ungewisselhaft bereits eine Schlappe erlitten, während gleichzeitig die Kanton-Armee die Truppen des mit Tschangschin verbündeten Sun Chuan Fang bei Hangchow nicht nur, wie es ursprünglich den Anschein hatte, im Vorücken aufgehalten, sondern entscheidend geschlagen hatte. Damit aber die Verlegenheiten der Führer Nordchinas sich noch erhöhen, hat der mit Kanton verbündete sogenannte „christliche“ General Feng die Gelegenheit zur Offensive von Norden her ergriffen, und ist im Vorgehen gegen die beiden sich befehlenden Marschälle mit angeblich 120 000 Mann aus der Provinz Schansi nach Westen begriffen. Durch die Gesamtheit dieser Ereignisse hat sich die militärische Lage in der Provinz Honan erheblich zugunsten der Kanton-Truppen verschoben. Da nach den letzten Nachrichten die Vortruppen der Kanton-Armee bereits im Norden von Hangchow zwischen Hangchow und Shanghai stehen, wird die Lage dieser offenen Handelsstadt eine äußerst kritische. Wenn auch anzunehmen ist, daß die Kantonesen zunächst sich nur darauf beschränken werden, Shanghai von der Landseite her zu blockieren, und sich eines offenen Angriffs auf die dort gelandeten englischen Truppen enthalten werden, so bleibt trotz dieses wahrscheinlichen Verzichts auf Shanghai die Möglichkeit neuer Konflikte mit europäischen Besatzungstruppen immer noch bestehen.

Bei weitem kritischer aber dürften sich die Dinge in Ostasien gestalten, wenn nun Tschangschin und schließlich auch Wu Pei Fu zu weiterem Rückzug nach Norden gezwungen werden. Es ist nicht anzunehmen, daß bei einer weiteren Reihe militärischer Erfolge die Kantonesen von ihrem Einmarsch nach Nordchina Abstand nehmen werden. Zwar entfernen sich ihre Truppen damit in einem für europäische Verhältnisse kaum vorstellbaren Maße von der eigentlichen Grundbasis, während Tschangschin beim Ausweichen nach Norden den Vorteil der unmittelbaren Verbindung mit seinem mandchurischen Kräftezentrum gewinnt. Die Kantonesen aber können sich auch bereits in den nördlichen Teilen Chinas auf die Vorarbeit ihrer Emigranten und Agenten stützen und vermögen so den Umfang ihres militärischen Widerstandes aus den besetzten Gebieten selbst zu vergrößern, wie es bereits bei den gegenwärtigen Kämpfen um Hankow der Fall war. Jedenfalls rückt damit die Ostasiatische Entscheidung bedrohlich näher, und es ist durchaus denkbar, daß bei einem solchen Vergehen Tschangschin schließlich auch Japans Interessen in den Bereich der Möglichkeit tritt. Dann aber wäre

der Zeitpunkt gekommen, wo die eigentliche Ostasien-Frage zu einem die größten Auswirkungen aufweisenden Welt-Gefahrenproblem wird.

Die Lage vor Hangschau.

London, 18. Februar. (Draht.) Der Bericht über die Befehlsführung durch die Kantonesen wurde in den nächsten Tagen erwartet. Die Verteidigungsarmee habe sich längs der Bahnlinie nach Shanghai zurückgezogen. Marschall Sun vermöge aber anscheinend noch immer unter seinen Truppen Disziplin zu halten. Der Rückzug der Nordtruppen trotz der Tatsache, daß Sun eine Streitmacht von 80 000 Mann besäße, d. h. mehr als dreimal so viel wie die Kantonesen, und überdies Truppen von größerer Härte, werden auf die Streitkräfte seiner Untergebenen und den Mangel an Zusammenarbeit bei den militärischen Operationen und die Anwesenheit über das Ausbleiben des Soldes zurückgeführt. Die Kantonesen hätten wie gewöhnlich Einheit, Zielbewußtsein und strategische Geschicklichkeit bewiesen.

Abfall einer Armee Sunschuanfangs.

Shanghai, 17. Februar. Reuter. Nachrichten aus Hankow zufolge soll der bedeutendste General Sunschuanfangs, der bisher mit einer Armee in der Provinz Tschangschin stand, nach der Provinz Anhwei marschieren sein, um dort abzuwarten, welche Partei bei den bevorstehenden Kämpfen die Oberhand behalten wird. Nach die diese Armee Sunschuanfangs soll zu den Südkruppen übergegangen sein. Die auf dem Rückzuge befindlichen Truppen Sunschuanfangs sollen zahlreiche Märschierungen verrichten und eine Reihe von Chinesen erschossen haben.

Die Haltung Englands.

London, 18. Februar. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ vermutet, daß der kanonische Außenminister die Verhandlungen in Hankow abschließen in die Länge gezogen habe, in Erwartung der sehr in Gang befindlichen Offensiv in Richtung Shanghai, da er hoffe, daß er angesichts der Erfolge der Südkruppen neue und weitergehende Zugeständnisse von den Engländern erlangen könne.

Ausprache über den Haushalt im Reichstage.

Berlin, 17. Februar. Präsident Lohde eröffnet die Sitzung um 2 Uhr. Die erste Lesung des Reichs-Haushaltplanes für 1927 wird fortgesetzt. Abg. Neubauer (Rom.) stellt fest, daß seit Bestehen der deutschen Republik 15 Reichsregierungen sich betätigt haben. Es habe in diesen Jahren zehn Finanzminister gegeben, und zwar drei Demokraten, drei Zentrumleute, einen Deutschen Nationalen, einen Volksparteiler und als besondere Perle den Sozialdemokraten Hilferding. Als der Redner behauptet, die Sozialdemokraten hätten die Subventionspolitik für die Ruhrindustriellen mitgemacht, erhebt sich bei den Sozialdemokraten lauter Widerspruch. Neubauer wirft ihnen darauf Lüge und Schwindel vor und wird zur Ordnung gerufen.

Abg. Senath (DVP.) hebt hervor, daß die deutsche Finanzpolitik an einem munden Punkte angekommen sei. Die Geldwelle sei zurückgebrochen. Wenn die Dameslasten in den nächsten Jahren voll zur Durchführung kämen, so würde für Deutschland eine ganz bedenkliche Lage sich ergeben. Eine weitere Erhöhung der Steuerlasten sei unmöglich. Es müßten im Gegenteil im Interesse der Wirtschaft Steuerermäßigungen eintreten. Die Ausartungen der Realsteuern müßten sofort beseitigt werden. Der Redner fordert ein entsprechendes Reichsgesetz und tritt für baldiges Verschwinden der Hauszinssteuer ein.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) verteidigt dann die Finanzpolitik des letzten Finanzministers Dr. Reithold, die eine Belebung der Wirtschaft gebracht habe. Der Redner fordert Sparanstrengungen. Die Kanalbauten könnten samt und sonders gestrichen werden. Dadurch ließen sich 100 Millionen sparen. Vor allem soll man einmal mit der Gesetzesmacherei aufhören. Die Finanzbeamten ersticken unter der Fülle der Gesetze. Der Redner erklärt sich mit der vorläufigen Regelung des Finanzausgleichs einverstanden. Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Der Haushaltsplan wird dem Hauptauschuss überwiesen. Die erste Lesung wird noch weiter fortgesetzt. Das Haus verlegt sich auf Freitag, drei Uhr, Weiterberatung.

Die Arbeitsbeschaffung.

Berlin, 17. Febr. Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags beruht heute die Beratung der Denkschrift der Reichsregierung zum Arbeitsbeschaffungsprogramm. Angenommen wurde eine Entscheidung, in der es u. a. heißt: Der Reichstag fordert, das Reich möge nachdrücklicher als bisher auf die Reichsbahn dahin einwirken, ihre verfügbaren Mittel für den Bau von Eisenbahnen und die gezielte Entlassung von Arbeitern, sowie die Betriebsstill-

legungen bei der Reichsbahn zu verhindern. Das Reich wolle ferner auf die Verwaltung der Post dahin einwirken, daß sie zur weiteren Verwirklichung ihres Betriebes die nötigen Erweiterungs- und Verbesserungsarbeiten beschleunigt durchführt. Die Beilebung der Wohnungsbau-tätigkeit ist durch schnelle Verabschiedung des sich auf mehrere Jahre erstreckenden Programms für den Wohnungsbau und seine Finanzierung zu sichern. Dieses Programm soll für das laufende Jahr möglichst den Bau von 250 000 Kleinwohnungen umfassen. Die Arbeiten für Straßenbauten, Siedlungen und beim Hochwasserbeschutz sind zu beschleunigen. Bei allen Aufträgen sind die Lieferungsfristen so zu gestalten, daß unter Vermeidung von Leerständen eine möglichst umfassende Reueinstellung von Arbeitskräften notwendig wird. Neben der Arbeitsbeschaffung ist auch eine wirksame Organisation des Arbeitsmarktes anzustreben und durchzuführen. Der Reichstag ersucht die Reichsregierung ferner, dem Reichstag alsbald Maßnahmen vorzuschlagen, die geeignet sind, unter Berücksichtigung der Struktur der Wirtschaft einer größeren Anzahl von Erwerbslosen Arbeit und Brot zu schaffen.

Hände weg von der Reichswehr!

Auch an Kriegsmöglichkeit ist zu denken.

Berlin, 16. Februar.

Bei der Beratung des Reichswehrretais im Haushaltsausschuss des Reichstages erklärte Reichswehrminister Dr. Gieseler, daß er die Kritik an der Reichswehr nicht verdamme, wenn sie an den wesentlichen Verdiensten der Reichswehr nicht achtlos vorübergehe. Der Minister sprach sich gegen die Schaffung einer Staatssekretärsstelle im Reichswehrministerium aus, da nach den Vereinbarungen mit der Entente die Chefs der Heeres- und Marineleitung schon als sachliche Berater des Ministers gelten.

Dr. Gieseler erklärte sich völlig einverstanden mit einer sorgfältigen Prüfung des Reichswehrretais durch das Parlament. Er wies darauf hin, daß sich der größte Teil des Etats ganz zwangsläufig gestalten werde. Im Hinblick auf die fieberhaften Rüstungen der Nachbarstaaten Deutschlands müsse wenigstens das erhalten werden, was die Entente Deutschland als Maximum seiner Wehrmacht gelassen habe. Die zwangsläufige Art der Bewaffnungserfordere heute auch eine bestimmte Bevorschussung für die Rüstungsindustrie. Wenn man die Uebertragbarkeit der Etatsposition verhindern wolle, so würde damit in erster Linie die Dispositionsfähigkeit der Rüstungsindustrie außerordentlich gestört werden. Gegen die Zusammenlegung von Garnisonen sei trotz der Schwierigkeiten nichts einzuwenden.

Der Minister betonte mit Nachdruck, daß sein Ministerium allen Wehrverbänden fernstehe. Dagegen sei es durchaus verständlich, wenn in Deutschland Sport- und Turnvereinigungen die Militärdienstpflicht durch körperliche Erleichterung der Jugend zu erleichtern suchen. Das Recht der Beteiligung an dergleichen unpolitischen Betreibungen könne auch den Soldaten nicht genommen werden.

Mit Bestimmtheit erklärte der Minister, daß geheime Rüstungen weder in Deutschland noch in einem anderen Lande möglich seien. Im Rahmen des Versailler Vertrages habe aber die Heeresverwaltung das Recht und die Pflicht, die erforderlichen Maßnahmen zum Grenzschutz zu treffen. Das Reichswehrministerium habe aber auch die Pflicht, an Kriegsmöglichkeiten zu denken, wenn auch der Krieg ganz unwahrscheinlich sei. Die Absichten unserer Nachbarstaaten seien nicht unbekannt. Mit ihren Rüstungen wollen sie scheitern erreichen, daß sie schon am ersten Tage eines Krieges möglichst rasch und möglichst tief nach Deutschland hineinstoßen können. Daß Deutschland selbst zu jedem Angriffskrieg unfähig sei, liegt auf der Hand.

Der Minister ging dann auf die Einstellung der Reichswehrsoldaten ein und bemerkte, daß seit 1924 wegen der Arbeitslosigkeit der Andrang sehr stark sei. Heute könnten nur 3 bis 5 Prozent der sich Meldenden genommen werden. Im Jahre 1926 hätten sich allein bei der Marine 60 000 Mann gemeldet, von denen nur 1800 eingestellt werden konnten. Eine Werbetätigkeit für die Wehrmacht sei heute nicht mehr nötig. Neuerdings sei für die Einstellung eine Befähigung der Bundesverwaltung erforderlich, nach der sich der Bewerber niemals verfassungswidrig betätigt hat. Wenn Arbeiter zum Offiziersberuf kommen sollen, müsse ihnen auch der Eintritt in akademische Berufe ermöglicht werden, denn der Offiziersberuf sei auch wissenschaftliche Denkmalung voraus.

General Fens über die Aufgaben der Wehrmacht.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurde gestern die Beratung des Reichswehrretais fortgesetzt. In dem Bericht des General Fens über die Aufgaben der Wehrmacht...